

Bezirkstagssitzung am 13.12.2007

Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2008

Der Bezirkstag der Oberpfalz verabschiedet heute den Haushalt für das Jahr 2008 in der Hoffnung auf ein erfolgreiches, fast könnte man sagen, ein gewinnbringendes Jahr, das die positive Entwicklung von 2007 weiterführen dürfte. Das gibt Grund zur Freude. Die FAG-Mittel für die Bezirke sind noch einmal aufgestockt worden, dem Bezirk Oberpfalz schwemmte es dadurch um 15,9 Mio. € mehr in die Kasse.

Auch die Wirtschaftslage in der Oberpfalz ist erfreulich. Wir haben eine erheblich gesteigerte Umlagekraft, das bedeutet, die Landkreise und kreisfreien Städte in der Oberpfalz stehen gut da. Bei solchen Aussichten will und kann der Bezirk die Umlage in diesem Jahr wieder kräftig senken. Die Eckdaten sind heute schon ausführlich und kompetent vorgestellt worden, die Entscheidungen sind offensichtlich gefallen, lassen Sie mich trotzdem noch einmal über diese Zahlen nachdenken. Die Verwaltung schlägt eine Reduzierung um 3,2 % vor. Mit dem Hebesatz von 14,7 % sind wir - auch wenn wir die ProKopf-Belastung anschauen - auf einem verantwortbar niedrigen Stand. Gemessen an den Aufgaben, die der Bezirk für die Allgemeinheit übernimmt, ist die Belastung weder unzumutbar für die Umlagezahler, noch eine unzulässige Bereicherung für den Bezirk. Offensichtlich verleitet aber die gute wirtschaftliche Situation jetzt zu einem seltsamen Wettbewerb. Die CSU-Fraktion hat eine weitere Reduzierung auf 14,4 % vorgeschlagen, die SPD-Fraktion wollte gar auf 14,0 % absenken. Ich stelle die Fragen in den Raum: Wem nützt das? Und welche Außenwirkung wird damit erzeugt?

Mich überrascht immer die Reaktion in den Landkreisen und kreisfreien Städten, wenn der Hebesatz gesenkt wird. Dankbarkeit dürfen wir da nicht erwarten, im Gegenteil, über den Bezirk wird geklagt, dass die Forderungen immer noch überhöht seien. Es geht doch! heißt es dann oder: Da sieht man es wieder, wie die mit unserem Geld umgehen. Und das sind noch die feineren Dankesworte. Der Oberbürgermeister von Regensburg, der einzigen oberpfälzer Großstadt, in der mit Universität, Klinikum, FH, Biopark, aber auch weltweit agierenden Wirtschaftsunternehmen mehr überörtlich bedeutsame Einrichtungen angesiedelt sind, als in der gesamten restlichen Oberpfalz, in der Stadt, die mit dem Sitz der Bezirkstags und den wichtigsten Einrichtungen des Bezirks ausgestattet ist, und die davon auch steuerlich profitiert, glaubt sogar, er finanziere den Bezirk im Alleingang. Gewissermaßen lebe der Bezirk auf Kosten seiner Stadt. Dass an diese Stadt mehr Mittel vom Bezirk fließen, als an Umlagezahlung geleistet wird, interessiert nicht. Aber auch die kleineren Landkreise jammern, sie würden über Gebühr belastet, weil bei ihnen weniger Geld zurückfließe, als die Umlagezahlung ausmache. Diese verschobene Sicht würde sich doch auch dann nicht ändern, wenn unsere Umlage die niedrigste in ganz Bayern wäre.

Die Solidarität in der Oberpfalz, für die der Bezirk Garant ist, wird offensichtlich nicht als Wert angesehen. Leider wird ab 2009 auch noch ein Teil dieser Solidarität wegfallen durch den Abzug der Zuständigkeit für Gewässer II. Ordnung. Viele Umlagezahler ermöglichen, dass derzeit noch in betroffenen Orten ein bezahlbarer Hochwasserschutz gebaut wird, die einzelnen Gemeinden werden in Zukunft mit ihrem Finanzierungsproblem allein gelassen.

Die Solidarität spielt aber auch im Verhalten der Bezirke untereinander eine Rolle. Die großen Bezirke werden das weitere Absenken der Bezirksumlage sicher auch als mangelnde Solidarität des Bezirks Oberpfalz registrieren. Mit welcher Begründung verlangen die kleineren Bezirke einen in den Augen der Großen unangemessen hohen Anteil an den FAG-Mitteln, wenn sie dann jedes Jahr die Bezirksumlage überproportional senken? Dazu muss man nicht nur die %-Zahlen betrachten, sondern auch die ProKopf-Belastung. Die liegt in Obb. mit 182,10 € um mehr als 50 % höher als in der Oberpfalz. Die drei großen Bezirke leisten sich allerdings seit Jahren auch Einrichtungen und Modellprojekte, sie fördern soziale Dienste und Beratungsstellen in vielen Anliegen der Bevölkerung, von denen wir in der Oberpfalz nicht einmal zu träumen wagen. Wir haben mit starkem Sparwillen und der lobenswerten breiten Unterstützung der Träger von Sozialeinrichtungen erreicht, dass zum dritten Mal in Folge keine Neuverschuldung nötig sein wird. Wollen Sie, meine Damen und Herren, dass der Bezirk Oberpfalz für dieses Verhalten auch noch bestraft wird? Hinzu kommt, dass mit solchen Unterschieden bei der Bezirksumlage auch die FAG-Verhandlungen enorm schwierig, und die berechtigten Ansprüche der kleinen Bezirke gefährdet werden, steht als Drohung unausgesprochen im Raum.

Unabhängig vom Aspekt Solidarität sehe ich aber auch für die Planung 2009 bis 2011 genügend Gründe, die Bezirksumlage nicht weiter abzusenken. Ein Faktor für Verlässlichkeit ist Kontinuität in der Belastung. Rauf und runter, wie in der Achterbahn, kann am Aktienmarkt ein gutes Geschäft werden. Aber die Landkreise und kreisfreien Städte sind auf Kontinuität im Bereich der Abgaben angewiesen. Sie sollten die Bedingungen über einen längeren Zeitraum einschätzen können um einen soliden mehrjährigen Finanzplan aufzustellen. In 2008 auf 14,4 oder 14,00 % abzusenken mit der Option, dann in 2009 notfalls wieder kräftiger hinzulangen, das sehe ich als unfairen Umgang mit unseren Partnern in der Oberpfalz an. Ich teile Ihre Sorge wegen unberechtigter Begehrlichkeiten nicht. Der Bezirk ist in der Hauptsache Ansprechpartner für die Träger der Sozialen Aufgaben. Diese Träger sind in den vergangenen Jahren nicht gerade verwöhnt worden. Manche Stelle musste da gestrichen werden, obwohl allen Beteiligten klar ist, dass die Arbeit mit den betroffenen Menschen vor allem Zeit und Zuwendung verlangt, sicher mehr, als das reguläre Stundenmaß hergibt. Da wäre eine Nachforderung oder eine Aufstockung über die eingeplante Steigerung von 4 % im Bereich der Pflege nicht unzumutbar, sondern ein Zeichen der Solidarität mit Personal und Trägern, die mit vollem Einsatz hinter ihren Aufgaben stehen. Auch die Schaffung von weiteren Diensten und Einrichtungen, die für den unterstützenswerten Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ dringend nötig sind, kann ich nicht unter die Rubrik „Begehrlichkeiten“ einordnen.

Ein weiterer Punkt spricht gegen die zusätzliche Absenkung der Umlage. Wir können heute alle nicht sagen, was die kommenden Jahre bringen. Ich will trotzdem einen Blick in die Zukunft tun: Die Wirtschaftsweisen gehen vom Abflachen des Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 aus, die Inflationsrate ist in diesem Jahr auf gut 3 % angestiegen bei weiter wachsenden Preisen für Energie, Grundnahrungsmittel und Mobilität. Auch im Sozialhaushalt des Bezirks werden die prognostizierten Nachzahlungen des Wohngelds nicht mehr die Höhe erreichen wie im Jahr 2007. Ein Fixpunkt ist allerdings jetzt schon auszumachen, das sind die steigenden Zahlen der Hilfeempfänger. Wer wie unserer Kämmerer zuverlässig wirtschaften will, hat diesen Trend im Auge, er muss nicht den Blick auf ein ersehntes gutes Wahlergebnis bei den kommenden Wahlen werfen. Darum halte ich seinen Ansatz für gerechtfertigt. Damit lassen sich die erwünschten Maßnahmen durchführen, einerseits Schulden abzubauen und durch reduzierte Zinszahlungen die Belastungen zu senken, andererseits Investitionen anzugehen, wie die Neubauten

in Wöllershof, das Depot im Freilandmuseum, das zwar vorläufig zurückgestellt wurde, und die angedachten Baumaßnahmen im Bezirksklinikum. Man sagt den Grünen gern nach, dass sie nicht rechnen können. Für mich rechnen sich Ihre Überlegungen nicht, weil Sie den Haushaltsentwurf mit zweifelhaften Argumenten verändert haben. Meine Gründe, warum man längerfristig bei dem vorgeschlagenen Hebesatz von 14,7 % bleiben sollte, kennen Sie jetzt.

Zu den einzelnen Haushaltsdaten habe ich nur noch einige kurze Anmerkungen: Der Einzelplan 4 zehrt mit 91,55 % natürlich den Löwenanteil unseres Haushalts auf. Die Kostensteigerung bei den Behinderteneinrichtungen und in den Alten- und Pflegeheimen ist im Rahmen der unabweisbaren allgemeinen Teuerung geblieben, der Markt ist soweit gesättigt, dass in geringem Umfang sogar ein Wettbewerb stattfinden kann. Damit kann man zufrieden sein. Im Bereich der Ambulanten Pflege müssen auch im kommenden Jahr verstärkt neue Einrichtungen für psychisch Kranke, suchtkranke oder behinderte Menschen finanziert werden. Die Zusammenlegung der ambulanten und stationären Eingliederungshilfe beim Bezirk war ein wichtiger Schritt zur Vereinfachung und zum Ausgleich für finanziell schwächere Regionen. Genauso wichtig wäre es, die Zusammenlegung der Stationären und Ambulanten Pflege unverzüglich anzugehen und sie beim Bezirk zu belassen. Auch das würde sich sicher kostendämpfend auswirken.

Die Medizinischen Einrichtungen des Bezirks zu privatisieren, hat sie auf Erfolgsspur gebracht. Es wird aber genau zu beobachten sein, wie sich die Personalaufwendungen entwickeln. Für den Investitionsplan drücke ich die Daumen. Leider haben sich nur 3 Bezirksräte von der Dringlichkeit bei Haus 16 - 18 überzeugen lassen. Wer die Räumlichkeiten kennt, weiß wie dringend da ein Neubau ist.

Im Kulturhaushalt setzt der Bezirk einerseits auf die Bewahrung der Eigenart und der Geschichte der Oberpfalz und schafft damit Identität. Die Denkmalpflege ist uns dabei ebenso wichtig wie die Förderung des Freilandmuseums Neusath, nur billiger kommt sie uns! Andererseits fördert der Bezirk mit sehr hohem Einsatz auch die Zukunft der Oberpfalz, unsere Kinder und Jugendlichen. Mit fast 2,5 Mio € haben die Schulen mit überörtlicher Bedeutung oder mit besonderem Förderanspruch einen großen Anteil am Kulturhaushalt. Der Bezirk sorgt aber auch dafür, dass die freie Jugendarbeit nicht zu kurz kommt. Ich begrüße die Anhebung der Mittel für den Bezirksjugendring, weil jeder Euro für Jugendarbeit eine Investition in die Zukunft ist. Auch wenn ich uns im Ganzen einen größeren finanziellen Spielraum wünsche, so ist doch anzuerkennen, dass durch die Finanzierung über die KGO immer wieder Mittel zur Verfügung stehen, die nicht für Pflichtaufgaben eingesetzt werden müssen.

Ein einziges Mal habe ich im vergangenen Jahr einem Verwaltungsvorschlag nicht zugestimmt. Das waren bei der Sportförderung beantragte Mittel für die Schützenvereine, deklariert als Jugendförderung. Diese 10.000 € würde ich lieber an anderer Stelle, z.B. bei den Musikvereinen für Instrumentenbeschaffung oder bei Theatergruppen untergebracht wissen. Aber im Vergleich zum Gesamthaushalt handelt es sich da um echte „Peanuts“. Im Ausgabenbereich finde ich also keinen Grund dem Haushaltsentwurf für 2008 nicht zuzustimmen. Warum ich trotzdem ablehne, habe ich eingangs ausführlich begründet.

Lassen Sie mich noch allen danken, die an diesem Haushaltsplan gearbeitet und ihn in eine solide und zukunftsorientierte Form gebracht haben. Mein Dank gilt insbesondere Herrn Hartmann und Herrn Braun, die uns wie immer ausführlich in den Haushalt eingeführt haben, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Ich danke unserem Bezirkstagspräsidenten für das gute Arbeitsklima bei den Beratungen. Deren Ergebnis würde ich ohne die weitere Absenkung der Bezirksumlage mit Überzeugung zustimmen.